

Sitzung vom 11. September 1996

**2749. Postulat (Schaffung von genügend qualitativ guten Lehrstellen)**

Kantonsrätin Susanna Rusca Speck, Zürich, und Mitunterzeichnende haben am 1. April 1996 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird ersucht, durch das Amt für Berufsbildung, in Zusammenarbeit mit der Berufsberatung und den Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerverbänden, umgehend eine Werbekampagne zu starten, welche Unternehmen zur Schaffung von genügend Ausbildungsplätzen (Lehr- und Anlehrstellen) motivieren.

Begründung:

Gegenwärtig und in nächster Zukunft besteht eine Diskrepanz zwischen der wachsenden Zahl von Schulabgängern/-innen und dem sinkenden Angebot an Lehrstellen. Diese Entwicklung ist aus sozialen, aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen bedenklich. Wirtschaftsbranchen, deren Betriebe aus kurzfristigen Erwägungen Ausbildungsplätze abbauen, werden in Zukunft womöglich durch einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften benachteiligt sein.

Andererseits wirkt es sich für die Entwicklung von Jugendlichen erfahrungsgemäss sehr negativ aus, wenn sie ohne Ausbildungsperspektiven aus der Volksschulpflicht entlassen werden. Unter dem jetzigen ungenügenden Lehrstellenangebot haben vor allem Mädchen, schulschwächere Schüler/innen und intellektuell leistungsfähige Jugendliche mit (zurzeit noch) ungenügenden Deutschkenntnissen zu leiden.

Die von uns vorgeschlagene Werbekampagne kann kurzfristig bewirken, dass die jetzigen Engpässe in der Lehrstellensituation gemildert werden können. Längerfristig könnte sie dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, den Verbänden und den Lehrbetrieben noch wirkungsvoller gestaltet wird.

Auf Antrag der Direktion der Volkswirtschaft

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, und Mitunterzeichnende wird wie folgt Stellung genommen:

Das Postulat verlangt einerseits eine Werbekampagne zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft und andererseits mehr Lehrstellen bei der Verwaltung.

Im Januar 1996 wurden Erziehungs- und Volkswirtschaftsdirektion von der gemeinsamen Kommission «Übergang Volksschule - Berufslehre» über die angespannte Situation auf dem Lehrstellenmarkt orientiert. Gemäss den Vorschlägen der Kommission führte der Volkswirtschaftsdirektor am 12. März 1996 eine Aussprache mit den Präsidenten der Spitzenverbände der Arbeitgeberschaft durch. Die Gesprächsteilnehmer beurteilten das Lehrstellenangebot in den meisten Wirtschaftsbereichen zwar noch als genügend. Angesichts der sinkenden Zahl von Arbeitsplätzen wird sich die Lage aber in den nächsten Jahren verschärfen. Auf Anregung der Volkswirtschaftsdirektion beschlossen die Vertreter der Arbeitgeberschaft im Sinne einer Kampagne, die Mitglieder ihrer Verbände auf die angespannte Situation aufmerksam zu machen und sie zu ersuchen, die Zahl der Lehrstellen zu erhöhen.

Über die Durchführung dieser Aktion berichteten sie der Volkswirtschaftsdirektion im Laufe des Monats Mai.

Da die Situation vor allem bei schwächeren und fremdsprachigen Jugendlichen prekär ist, entwickelte das Amt für Berufsbildung zusammen mit verschiedenen Berufsschulen spezielle Massnahmen für diese Gruppe und förderte bestehende Modelle, insbesondere die Vorlehre. Aber auch die Anlehre wurde stark propagiert, ebenso die Integrationskurse. Vorlehren, die auf die Berufslehre vorbereiten, gibt es in Winterthur seit 1988 und in Zürich seit 1993. Für die Integrationskurse wurde 1994 ein neues Konzept in Kraft gesetzt. Seit Sommer 1995 laufen Pilotversuche mit der sogenannten «Anlehre plus», die auf einem Anlehrvertrag basiert, aber gleichzeitig eine Vorbereitung auf eine Normallehre darstellt. Für Vorlehre und Anlehre plus führen Mitarbeiter des kantonalen Gewerbeverbandes zurzeit im Auftrag und auf Rechnung des Kantons eine umfassende Propagandaaktion bei ihren Mitgliedern durch, deren Ziel es ist, 1996 und 1997 insgesamt mindestens zweihundert zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Zusätzlich zu diesen grossen Anstrengungen von Privatwirtschaft, Schulen und öffentlicher Verwaltung, das Lehrstellenangebot und die Ausbildungsplätze zu vermehren, wurde in den Monaten Juli und August noch eine weitere Massnahme umgesetzt, um die letzten Stellensuchenden mit den übriggebliebenen Lehrstellen zusammenzubringen. Es handelt sich um die von privaten Unternehmungen getragene und vom Kanton in Form einer Defizitdeckung unterstützte Aktion «Häsch kei Stiffti?», welche einerseits mit einer Werbekampagne für mehr Lehrstellen verbunden ist, andererseits den Lehrstellensuchenden mit einem speziellen Telefondienst gezielt hilft, Lehrstellen zu finden.

Sodann hat sich gezeigt, dass den Lehrstellensuchenden sehr wirkungsvoll geholfen werden kann, wenn der Lehrstellennachweis, der über offene Lehrstellen Auskunft gibt, verlässliche Angaben liefert, die auf dem aktuellsten Stand sind. Zu diesem Zweck werden die bestehenden Informationssysteme in enger Zusammenarbeit zwischen dem kantonalen Gewerbeverband, der Zentralstelle für Berufsberatung und dem Amt für Berufsbildung durch das Informationssystem LENA PLUS aufeinander abgestimmt und erheblich verbessert. Dieses Informationssystem wird voraussichtlich im Herbst 1996 zur Verfügung stehen.

Ausserdem ist vorgesehen, das Lehrstellenangebot in der kantonalen Verwaltung weiter zu erhöhen. Dabei geht es nicht nur darum, die Zahl der kaufmännischen Lehrplätze anzuheben, sondern es wird geprüft, ob in andern Berufen, vor allem solchen für Jugendliche mit einem Oberschulabschluss, Lehrstellen angeboten werden können. Diesbezügliche Massnahmen sind im Gang. In seiner Antwort vom 7. Februar 1996 zur Anfrage KR-Nr. 294/1995 orientierte der Regierungsrat über das Lehrstellenangebot in der kantonalen Verwaltung:

- In der Verwaltung hat insgesamt kein Abbau, sondern im Gegenteil ein Ausbau von Lehrstellen stattgefunden (Personalstatistik von 1985: 484 Lehrverhältnisse, 1995: 896 Lehrverhältnisse, Erhöhung 85%).
- Die vielfältigen Aufgaben der kantonalen Verwaltung und ihrer Betriebe erlauben ein breites Spektrum von Lehrberufen.
- Von insgesamt 896 Lehrverhältnissen werden 628 (70%) von jungen Frauen belegt.

Eine zusätzliche Werbekampagne 1996 erübrigt sich; dies um so mehr, als die Medien die Öffentlichkeit über das Problem wirkungsvoll orientierten und die Lehrmeister zur Zurverfügungstellung von Ausbildungsplätzen aufforderten, was offensichtlich Wirkung gezeigt hat. Bisher sind bereits weit über zweihundert neue Ausbildungsangebote beim Amt für Berufsbildung eingetroffen, die grösstenteils bewilligt werden konnten. Die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge ist gegenüber dem Vorjahr markant angestiegen: Ende Juli 1996 betrug sie 7972, im Vorjahr (Ende Juli 1995) lediglich 7522. Die eingeleiteten Aktivitäten haben sich 1996 positiv ausgewirkt, wie die Lehrvertragszahlen belegen. Die Erfahrungen werden nun ausgewertet und entsprechende Korrekturen, so nötig, für 1997 vorgenommen. Mit Werbekampagnen allein kann die angespannte Lage jedoch nicht bewältigt werden. Nachhaltig beeinflusst würde das Lehrstellenangebot nur bei einer Verbes-

serung der konjunkturellen Lage sowie durch greifende Deregulierungsmassnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Der Regierungsrat beantragt daher dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Volkswirtschaft.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
Husi